



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Leo Dautzenberg

MdL

Vorsitzender
des Haushalts- und Finanzausschusses

An die
Mitglieder des
Haushalts- und Finanzausschusses

im Hause

4-18
4000 Düsseldorf, den 03. Dez. 1991
Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43
Tel. (0211) 88 40 Durchwahl 8 84 - 23 36

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

VORLAGE
11/953

Betr.: Haushaltsberatungen 1992
hier: Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vor der
2. Lesung des Haushalts 1992

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der CDU hat mir Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 1992 zugeleitet, die in der obengenannten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 05. Dezember 1991 gestellt werden sollen.

Diese Anträge - zur Unterscheidung auf blauem Papier gedruckt - übersende ich hiermit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Leo Dautzenberg
4

1

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Haushaltsgesetz, Haushalt 1992

Antrag	**Antrag	**Abstimmungs
Nr.	(evtl. Begründung)	- ergebnis

1 § 6 Abs. 9 wird gestrichen

Begründung:

Die mit der Vorschrift beabsichtigte Regelung löst im Ergebnis die Einzelveranschlagung von Bauausgaben auf und widerspricht damit § 15 LHO.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 1 bis 20, Haushalt 1992

Antrag **Antrag
Nr. (evtl. Begründung)

**Abstimmungs-
ergebnis

-
- 1 Die Ansätze bei den Titeln der Gruppe 529 in allen Kapiteln werden um 50 % mit dem Ergebnis eines Einsparungsbetrages von mindestens 1.900.000 DM gekürzt. Dabei ist der Verstärkungstitel im Kapitel 20 020 mit einem Ansatz von 200.000 DM ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Sparzwang; rd. 1,8 Mio. DM für Verfügungsmittel, die danach noch verbleiben, reichen aus, um den angestrebten Zweck zu erreichen.

- 2 Die Ansätze bei den Titeln der Gruppe 811 - Erwerb von Fahrzeugen im Inland - mit Ausnahme des Polizeikapitels (03 110) werden um 30. v.H. mit einem Einsparungsbetrag von mindestens 4.000.000 DM reduziert.

Begründung:

Verzicht auf Neu- und Ersatzbeschaffung

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Haushalts- und Finanzausschuß
zum Einzelplan 02, Haushalt 1992

Anlage
zu Vorlage 11/

Antrag**Antrag
Nr. (evtl. Begründung) **Abstimmungs-
**ergebnis

1 Kapitel 02 060
Titel 427 10
Beschäftigungsentgeld, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuf-
lich Tätige.

Der Ansatz von 108.000 DM ist zu streichen.

Begründung:
Die veranschlagten Mittel sind für ergänzend beratende Arbeiten von
qualifizierten Experten vorgesehen. Aus Gründen der allgemeinen Haus-
haltslage, sind diese Ausgaben auszusetzen.

2 Titel 531 10
Öffentlichkeitsarbeit.
Der Ansatz von 170.000 DM ist um 100.000 DM auf 70.000 DM zu kürzen.

Begründung:
Aufgrund der allgemeinen Haushaltslage sind die veranschlagten Mittel
für die Darstellung des Forschungslandes Nordrhein-Westfalen im In-
und Ausland entsprechend zu kürzen. Zur Selbstdarstellung der Arbeit
des Wissenschaftszentrum kann auch der neu erstellte Titel 531 20 "Auf-
wendung für die Herausgabe von Periodika" verwandt werden.

4

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Haushalts- und Finanzausschuß
im Einzelplan 05, Haushalt 1992

1. Kapitel 05 010
Titel 512 20, S. 26

Herstellungs- und Versandkosten für die Bekanntgabe von Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen im Schulbereich

Der Ansatz wird um 200.000 DM reduziert.

Begründung:

Entsprechend Kienbaum-Gutachten: Reduzierung von Vorschriften und Richtlinien.

2. Kapitel 05 010
Titel 526 00, S. 30

Sachverständige; Kosten für Gutachten

Der Ansatz wird um 67.000 DM reduziert.

Begründung:

Geringer Bedarf für Gutachten im Bereich Bildungsplanung - Auswirkungen des Kienbaum-Gutachtens abwarten. Kommissionen zur Einrichtung eines bilingual deutsch-russischen Gymnasiums ist Aufgabe des Landesinstituts Soest, also Doppelveranschlagung.

3. Kapitel 05 010
Titel 531 20, S. 32

Öffentlichkeitsarbeit des Kultusministers

Der Ansatz wird um 300.000 DM reduziert.

Begründung:

Öffentlichkeitsarbeit leistet inzwischen kostenneutral der "Spiegel" für den Kultusminister.

4. Kapitel 05 020
Titel 427 30, S. 40

Prüfungsvergütungen, soweit nicht besonders veranschlagt.

Der Ansatz wird um 300.000 DM reduziert.

Begründung:

Prüfungen gehören zum Hauptamt, deshalb nur Reisekostenansatz.

5. Kapitel 05 020
Titelgruppe 70, S. 46

Durchführung des Fremdstudiums im Rahmen der
Lehrerweiterbildung

Der Ansatz wird um 200.000 DM reduziert.

Begründung:

Die Erläuterungen, daß die Personalausgaben für nebenberufliche und nebenamtliche Kräfte erforderlich sind, sind nicht schlüssig. Präsenz- und Kontaktseminare finden mit Sicherheit nicht während der Ferien oder an Nachmittagen oder Abenden statt, so daß neben der Vergütung auch Unterrichtsstundenentlastung eintreten muß. Es ist nicht mehr zeitgemäß, daß das Fernstudienmaterial kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Teilnehmer können selbst zahlen, bei den Gehältern auch zumutbar. Einnahmen sind im Haushalt nicht ausgewiesen.

6. Kapitel 05 020
Titel 684 30, S. 44

Zuschüsse an Sonstige im Inland zur Durchführung von Maßnahmen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

Der Ansatz wird um 230.000 DM gekürzt.

Begründung:

Nach der Zweckbestimmung falsch veranschlagt, müßte bei Kap. 05 130 - Landesinstitut für internationale Berufsausbildung - veranschlagt werden. Ein Zusammenhang besteht.

7. Kapitel 05 020
Titelgruppe 80, S. 48

Kosten der automatisierten Datenverarbeitung und Organisationsvorhaben in der Schulverwaltung

Der Ansatz wird um 3.000.000 DM erhöht.

Begründung:

Nach dem Kienbaum-Gutachten sollte zur Sicherung der Lehrerversorgung die Schulaufsicht in Kompetenzen, Ablauforganisation und EDV, hier durch verbesserte Möglichkeiten des Datenzugriffs und der Datenauswertung, insbesondere Dialogisierung der Verfahren besser ausgestattet werden.

In einem Stufenplan sollen die Schulämter, Schulträger/Schulen mit EDV und Datenkommunikationseinrichtungen ausgestattet werden. Als erste Rate bei einem geschätzten Gesamtvolumen von 20 Mio DM genügen 3 Mio DM. Erforderlich, um aus dem Gutachten Kienbaum wenigstens erste zaghafte Konsequenzen zu ziehen.

Deckung:

Aus Titelgruppe 90 (S. 50), Kürzung der Fortbildungsmittel um 4 Mio DM.

8. Kapitel 05 020
Titelgruppe 90, S. 50

Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten

Der Ansatz wird um 4.000.000 DM gekürzt.

Begründung:

Kürzung ergibt sich als Konsequenz aus dem Kienbaum-Gutachten, das Straffung des Fortbildungsangebotes auf notwendige Angebote und Streichung nicht primär unterrichtsbezogener Angebote verlangt.

9. Kapitel 05 110
Titel 427 30, S. 104

Prüfungsvergütungen

Der Ansatz wird um 500.000 DM verringert.

Begründung:

Kürzung nach Istaussgaben 1990 gerechtfertigt. 7.700 Prüflinge = 2.767.000 DM = 1 Prüfling 357 DM; in 1992 wird mit 8.300 Prüflingen gerechnet, ca. 3.000.000 DM.

10. Kapitel 05 120
Titel 527 10, S. 128

Reisekostenvergütungen für Dienstreisen

Der Ansatz wird um 200.000 DM reduziert.

Begründung:

In 1992 wird gegenüber 1991 mit 1430 Referendaren weniger gerechnet, deshalb erscheinen 4,3 Mio DM auch nach Istaussgaben 1990 ausreichend. Auffallend ist das Mißverhältnis zwischen Reisekosten für Referendare und Ausbilder (Bedienstete der Studienseminare). Für 145

8

Bedienstete sind 1,5 Mio DM Reisekosten vorgesehen = ca. 10.300 DM pro Bediensteten. Senkung der Reisekosten durch ortsnähere Zuweisung von Ausbildungsschulen/Seminaren prüfen.

11. Kapitel 05 140

Titel 512 20, S. 152

Herstellungs- und Versandkosten für Handreichungen zur Schul- und Unterrichtsorganisation und -praxis

Der Ansatz wird um 75.000 DM reduziert.

Begründung:

Bei Handreichungen Prioritäten setzen. In Bezug auf Versandkosten überprüfen, ob über Städtetag oder Städte- und Gemeindebund zentral Auslieferung an Schulträger nicht zweckmäßiger und billiger wäre.

12. Kapitel 05 140

Titel 524 10, S. 154

Lehr- und Lernmittel

Der Ansatz wird um 20.000 DM gekürzt.

Begründung:

Fachliteratur zu hoch veranschlagt im Vergleich zum Ministerium (77.000).

9

13. Kapitel 05 140
Titel 524 20, S. 156

Entwicklung und Erstellung von Lehr- und Lernmitteln für den muttersprachlichen Unterricht mit ausländischen Schülern

Der Ansatz wird um 125.000 DM gekürzt.

Begründung:

Die Sprachbereiche serbokroatisch, italienisch, griechisch, portugiesisch und spanisch müßten inzwischen hinsichtlich Lehr- und Lernmaterialien aufgearbeitet sein, so daß für Ergänzungen der Grundlagen der gekürzte Ansatz ausreichend sein müßte.

14. Kapitel 05 140
Titel 526 10, S. 156

Kosten für Richtlinien - und Lehrplankommissionen sowie für Sachverständige bzw. Gutachten

Der Ansatz wird um 250.000 DM gekürzt.

Begründung:

Der neue Ansatz ist ausreichend, um insbesondere die Curriculum-Kommissionen im Zusammenhang mit der Neuordnung der Berufe zu finanzieren. Die anderen Kommissionen und Arbeitsgruppen für schulsportliches Wettkampfwesen sind offensichtlich Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Lehrer im Sinne von Dauerbeschäftigungen zur Verstärkung des Unterrichtsausfalls. Effektivitätsnachweis dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen fehlt und wird vom KM nicht kontrolliert.

15. Kapitel 05 300
Titel 653 10, S. 176

Zuweisung an Gemeinden (GV) für Förderschule für Spätaussiedler und Kinder ausländischer Arbeitnehmer sowie für bestimmte überregionale Sonderschulen

Der Ansatz wird um 300.000 DM reduziert.

Begründung:

Schulträger werden über den Schüleransatz im GFG berücksichtigt. 400.000 DM sind auf Gießkannenprinzip angelegt und erreichen nur wenige Schulträger. Da nach Meinung FM Gemeinden finanziell besser dastehen als Land, braucht es nicht eines solchen Anerkennungsbetrages.

16. Kapitel 05 300
Titelgruppe 80, S. 182

Durchführung von Schul- und Modellversuchen

Der Ansatz wird um 3.000.000 DM reduziert.

Begründung:

Nach Kienbaum-Gutachten: "Begrenzung der Laufzeit von Schulversuchen und Auslaufen der Zuschläge bei Beendigung der Versuchsphasen, statt, wie heute, Umwidmung und Fortführung mit anderer Begründung z.B. Sek II und Kollegschule" aber auch Sek I (S. 183).

11

17. Kapitel 05 450
Titel 546 10

Vermischte Ausgaben

Der Ansatz wird um 135.400 DM gekürzt.

Begründung:

Ausgewiesen sind in den Erläuterungen 18.600 DM für Begleitpersonal und 116.800 DM zur Verpflegung der Schüler der Laborschule Bielefeld. Rechtsgrundlage für diese Leistungen fehlt. Kann mit dem Zuschuß zur Verbilligung des Mittagessens für Schüler der privaten Sonderschulen mit Ganztagsbetrieb verglichen werden.

18. Wegfall der KW-Vermerke

**Abstimmungs-
**ergebnis

Antrag**Antrag
Nr. (evtl. Begründung)

1 Kapitel 08 040
Titel 685 10

Zuschuß an das Institut für Klima, Umwelt und Energie GmbH, Wuppertal.

Der Zuschuß an das Institut für Klima, Umwelt und Energie GmbH, Wuppertal, wird von 4.643.000 DM um 1.950.000 DM auf 2.693.000 DM gekürzt.

Begründung:

Das Institut für Klima, Umwelt und Energie GmbH soll Maßnahmen und Initiativen zum Klimaschutz, zur Verbesserung der Umwelt und zur Energieeinsparung als Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Forschung und praktischer Umsetzung ergreifen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat jedoch im Forschungszentrum Jülich die Möglichkeit, diese Aufgaben in einer Großforschungsanstalt erarbeiten zu lassen. Das Land Nordrhein-Westfalen ist bei der Finanzierung der Großforschungseinrichtung in Jülich mit 10 % beteiligt. Die bestehenden wissenschaftlichen Ressourcen sind daher auszunutzen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 15, Haushalt 1992

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
-----------------------	--	------------------------------------

1 Kapitel 15 480
Titel 133 10 (neu)

Erlös aus dem Verkauf des Lufthansaanteils des Landes Nordrhein-Westfalen

Es wird ein Einnahmeansatz in Höhe von 84 Mio.DM ausgebracht.

Begründung:

Zur Vermeidung einer Verschuldung ist es geboten, daß das Land Nordrhein-Westfalen seinen Anteil an der Lufthansa veräußert. Bei einem Kurswert von 125 DM je 50 DM Aktie ergibt sich eine Einnahme von 84 Mio. DM.

2 Kapitel 15 040
Titel 684 10

Förderung von Freizeitinitiativen zwischen Arbeit und Ruhestand. Der Ansatz von 1 Mio. DM wird gestrichen.

Begründung:

Ausgaben werden als nicht notwendig angesehen, daher soll dieser Titel gestrichen werden.

3 Kapitel 15 040
Titelgruppe 70

Der Ansatz der Titelgruppe ist um 500.000 DM zu kürzen.

Begründung:

Aus Gründen der allgemeinen Haushaltslage sind hier Einsparungen vorzunehmen.

4 Kapitel 15 100

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Die Gesamtausgaben des Kapitels 15 100 sind um 2.365.500 DM zu kürzen.

Begründung:

Die Ergebnisse der Arbeit des Institutes für Landes- und Stadtentwicklungsforschung fließen nachweislich nicht in die Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen ein, da die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Forschungsergebnisse des Institutes nicht aufnimmt und umsetzt. Die Notwendigkeit der Existenz des Institutes ist daher in Frage zu stellen, und zumindest einige Forschungsfelder sind vernachlässigbar. Die Mittel für das Institut werden daher um 1/3 gekürzt.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20. Haushalt 1992

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
1	Kapitel 20 020 Titel 461 10 Mehrausgaben bei den Personalausgaben Der Ansatz wird um 120 Mio. DM erhöht. <u>Begründung:</u> Mehrbedarf wegen Aufhebung der Besetzungssperre.	
2	Kapitel 20 020 Titel 519 20 Größere Unterhaltung an Grundstücken, Gebäuden und Räumen Der Ansatz wird um 49 Mio. DM gekürzt. <u>Begründung:</u> Halbierung des Mehrbetrages gegenüber 1991; Streckung von Unterhaltungsarbeiten zur Einsparung von Haushaltsmitteln.	
3	Kapitel 20 020 Titel 711 10 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Der Ansatz wird um 9 Mio. DM gekürzt. <u>Begründung:</u> Halbierung des Mehrbetrages gegenüber 1991; Streckung von Baumaßnahmen zur Einsparung von Haushaltsmitteln.	

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20. Haushalt 1992

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

4 Kapitel 20 610

Es wird ein neuer Titel 133 10 mit der Zweckbestimmung "Einnahmen aus der Auflösung der Sonderrücklage bei der Westdeutschen Landesbank" und einem Ansatz von 68 Mio. DM ausgebracht.

Begründung:

Der bei der letzten Kapitalerhöhung nicht in Anspruch genommene Teil der Sonderrücklage, die mit lediglich 4,1 % verzinst wird, wird zur Vermeidung weiterer Verschuldungen des Landes eingesetzt. Die Sonderrücklage ist deshalb an das Land zurückzuzahlen.

5 Kapitel 20 610

Es wird ein neuer Titel 133 20 "Erlöse aus dem Verkauf von Anteilen an der Westdeutschen Landesbank" mit einem Ansatz von 500 Mio. DM ausgebracht.

Begründung:

Die Stellung der WestLB als Bank der Sparkassen ist zu stärken und der Einfluß der Politik auf die Bank weitgehend zu reduzieren. Deshalb ist der schrittweise Verkauf von WestLB-Anteilen des Landes erforderlich.

6 Kapitel 20 630
Titel 916 10

Zuführung an den Grundstock

Der Ansatz von 65.000.000 DM wird gestrichen.

Begründung:

Zuführungen zu dem Grundstock und damit Ausgaben zum Ankauf von Grundstücken sollen nur insoweit erfolgen, als Mittel durch Verkauf von Grundstücken eingehen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1992

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

7 Kapitel 20 630

Es wird ein neuer Titel 131 30 mit der Zweckbestimmung "Erlöse aus der Veränderung des Grundstücks Tannenstraße in Düsseldorf" mit einem Ansatz von 550 Mio. DM ausgebracht.

Begründung:

Zur Vermeidung weiterer Verschuldungen des Landes ist es erforderlich, das Grundstück zu veräußern.

8 Kapitel 20 650
Titel 325 00

Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt

Der Ansatz wird um 1.280.400.000 DM reduziert.

Begründung:

Die von der CDU-Fraktion beantragten Änderungen bei den verschiedenen Haushaltsstellen (insbesondere hinsichtlich der Veräußerungen von Anteilen und Grundstücken des Landes) ermöglichen es im Ergebnis, den Ansatz für Schuldenaufnahmen zu reduzieren.

9 Kapitel 20 650
Titel 575 10

Zinsen für Kreditmarktmittel

Der Ansatz wird um 110 Mio. DM reduziert.

Begründung:

Die Reduzierung der Schuldenaufnahmen sowie zu erwartende geringere Schuldenaufnahmen infolge höherer zu erwartender Steuereinnahmen im Jahr 1991 ermöglichen eine weitere Reduzierung des Ansatzes für Zinsen für Kreditmarktmittel.